Beschluss

EUER REICHTUM KOTZT UNS AN. UMVERTEILUNG JETZT!

Gremium:	LaKo
Beschlussdatum:	10.06.2023
Tagesordnungspunkt:	17. Initativanträge

Antragstext

Armut führt in unserem System zum Ausschluss aus gesellschaftlichen Räumen und schränkt Millionen Menschen in ihrer sozialen Teilhabe ein. Zusätzlich verschlimmert die Inflation diese Situation ungemein. Die Preise auf Lebensmittel sind in diesem Jahr um 17 Prozent angestiegen. Und im Vorjahr, dem Vergleichsjahr, herrschte auch schon die Inflation. Diese Veränderung merken alle, nicht nur die Ärmsten, jeden Tag im Portemonnaie und auf dem Konto. Allerdings sind die daraus resultierenden Auswirkungen nicht für alle gleich. Für immer mehr Menschen sind die Folgen dieser Inflation nicht mehr durch die Verschiebung einer privaten Anschaffung oder den Verzicht auf einen Urlaub abzufedern: Sie müssen zur Tafel gehen, befinden sich noch früher im Monat im Dispo und können sich ein "normales" Leben nicht mehr leisten. Aber es gibt auch die andere Seite: Reiche, Wohlhabende und Millionäre machen in dieser Zeit sogar noch mehr Profit. Dem reichsten Prozent gehören schon jetzt 35 Prozent des gesamten Nettovermögens in der Bundesrepublik (Zum Vergleich: der unteren Hälfte der Bevölkerung werden gerade einmal zwei Prozent zugerechnet).

Zusammengefasst ist das, was wir seit über einem Jahr erleben, eine deutliche und anhaltende finanzielle Schlechterstellung von Millionen Menschen in der Bundesrepublik. Diese schlägt besonders in den unteren Einkommensgruppen zu Buche und bei Personen, die auf staatliche Unterstützung wie BAföG, Bürgergeld etc. angewiesen sind und nicht auf private Netzwerke zurückgreifen können, die ihnen Geld geben.

Thüringen trifft diese Entwicklung besonders: Von der Erhöhung des Mindestlohnes auf 12 Euro haben hier fast ein Drittel der Arbeitnehmer:innen, mancherorts sogar über 40 Prozent profitiert. Das liegt an dem vergleichsweise großen Niedriglohnsektor, der nach der Wiedervereinigung unter freundlicher Mithilfe der CDU-Regierungen aufgebaut wurde. Die geringe Tarifbindung von 44 Prozent, mit der Thüringen auf dem vorletzten Platz der Bundesländer liegt, verschlimmert die aktuelle Situation der Arbeitnehmer:innen noch einmal deutlich. Von erfolgreichen Tarifabschlüssen, die einen Teil der Kostensteigerungen abfedern könnten, wird demnach nicht einmal die Hälfte der Beschäftigten profitieren.

Statt das Problem der steigenden Armut aktiv zu bekämpfen, sehen die bisherigen politischen Antworten lediglich Einmalzahlungen und kurzfristige Hilfen vor. Jedoch kommen diese nicht zielgerichtet bei denen an, die sie am nötigsten haben. Nachhaltige Unterstützung für Arbeitnehmer:innen sucht man vergebens. Stattdessen werden bereits jetzt die sprachlichen Grundlagen dafür gelegt, was in den kommenden Monaten und Jahren die Agenda bestimmen soll: Bereits jetzt werden stockende Steuereinnahmen herbeigeredet - ganz vorn dabei wie immer CDU

und FDP. Wieder soll es den sozialen Bereich treffen: Verhinderung der Kindergrundsicherung, Heraufsetzen des Rentenalters und Kürzungen jeglicher Demokratie- und Gegen-Rechts-Projekte. Als vornehmlicher Selbstzweck dient die Schuldenbremse und die Verringerung bzw. Verhinderung von Neuverschuldungen. Reaktionäre und Neoliberale wittern ihre Chance und meinen selbstgefällig: Die fetten Jahre sind vorbei. Aber eben diese fetten Jahre gab es in diesem Land für Millionen Menschen nie. Das zeigt, wir befinden uns bereits mitten in einem gesellschaftlichen Verteilungskampf, getreu dem neoliberalen Mantra: Kürzen wir den Sozialstaat zur Rettung der Wirtschaft. Dieser Erzählung erteilen wir eine Absage. Wir sagen: Die fetten Jahre kommen erst noch. Für die Vielen und nicht mehr nur für das Kapital!

Wir stellen uns gegen jeden Sozialabbau! Es braucht mehr Sozialstaat und nicht weniger, damit er leisten kann, was er eigentlich jetzt schon tun müsste: Ein Leben für alle ohne Existenzängste und Armut. Wir haben die neoliberale Politik schon immer kritisiert und haben uns in den 2000ern auch gegen unsere eigene Partei gestemmt und sollte die SPD noch einmal kippen - kämpfen wir dagegen an! Wir sagen: “Nicht noch einmal, nicht mit uns!” Das Problem heißt Kapitalismus. Es müssen endlich diejenigen maßgeblich an den Kosten beteiligt werden, die nur durch die Ausbeutung anderer ihr Vermögen aufbauen konnten.

Wir sind bereit für diesen Verteilungskampf und wir werden die Stimme der “Generation Krise” sein! Wir werden Verantwortung übernehmen und die Interessen von Auszubildenden, Schüler:innen, Studierenden und allen jungen Menschen in die Politik bringen - auch in den Thüringer Landtag! Deshalb fordern wir von der SPD Thüringen einen Listenplatz unter den ersten fünf für unsere Spitzenkandidatur!

Die Notwendigkeit gesellschaftlicher Umverteilung und die Verteilungsfrage werden wir zu einem Hauptthema im Landtagswahlkampf machen.

Denn euer Reichtum kotzt uns an.